



# Children's Health Support e.V.

Kinderrechte sind Menschenrechte!

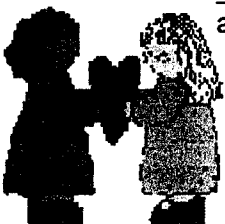
37276 Meinhard Auf dem Gänseland 2 Tel./Fax 0049 (0) 5651-5711  
Internet: [www.childhealth.de](http://www.childhealth.de) E-mail: [ChildOrg@aol.com](mailto:ChildOrg@aol.com)

## Datenübersicht: Projekt "Brandschutz" von Children's Health Support e.V. (CHS) an Politiker, Behörden und Institutionen

- 09.08.1997 1. Petition an alle Bundesländer: Forderung: "Rauchmelderpflicht", um die Menschen(bes.Kinder)in privaten Haushalten im Brandfalle besser zu schützen.
- 10.11.1997 Die ARGEBAU hat die Petition abgelehnt wegen Unverhältnismäßigkeit. Fälschlicherweise macht sie aus den geforderten Heim-Rauchmeldern "Brandmeldeanlagen" und gab u.a. wegen des dadurch entstehenden hohen Kostenaufwandes für den Staat eine negative Empfehlung an alle Bundesländer ab.

### **In der Zeit vom 01.04.1998 – 01.04.1999 haben alle Bundesländer die 1. Petition abgelehnt!**

- 20.08.1999 2. Petition an alle Bundesländer: Aufforderung zur Wiederaufnahme der ersten Petition, aufgrund der nichtsachgemäßen Prüfung der bisherigen Eingabe.
- 31.08.1999 Schreiben an die Familienministerien aller Bundesländer, mit Angaben bezüglich der geringen Überlebenschancen von Kindern im Brandfalle, sowie die Möglichkeit ihr Leben besser zu schützen.
- 04.9.1999 Schreiben an alle Bauministerien der Bundesländer, bezüglich der hohen Gefährdung von Kindern bei Bränden, und mit der Bitte um tätig zu werden.
- 29.09.1999 1. Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien der BRD, mit Bitte um Unterstützung, daß das Leben von Kindern im Brandfalle besser geschützt wird.
- 17.11.1999 3. Petition an alle Bundesländer: "Landes-Kinder-Brandschutz-Verordnung"
- 25.11.1999 2. Schreiben an die Fraktionsvorsitzenden aller Parteien der BRD, mit dem Hinweis auf deren schlechte Resonanz auf das 1. Schreiben vom 29.09.: von 59 Parteien antworteten nur 14 und dies mehr als unzureichend.
- 19.03.2000 1. Schreiben an alle Landtagsabgeordnete der BRD, wieder mit der Bitte um Unterstützung, endlich sich für besseren Kinder-Brandschutz einzusetzen.
- 23.03.2000 3. Schreiben an die Fraktionen aller Parteien der BRD, mit den Ergebnissen der aktuellsten Statistiken und der Mahnung endlich tätig zu werden.



Bankverbindung: CC-Bank Mönchengladbach BLZ 310 108 33 Kto.-Nr. 25.350 863.20

- 21.05.2000 4. Petition an die Bundesregierung mit dem Ziel ein bundesweites "Kinder-Brandschutz-Gesetz" zu erlassen.
- 14.08.2000 2. Schreiben an alle Landtagsabgeordnete der BRD, mit Information über weitere Kinderbrandopfer, sowie dem Appell sich für unsere kleinsten Mitbürger einzusetzen.
- 24.08.2000 CHS kontaktiert 90 Versicherungen, mit der Bitte vorbeugenden Brandschutz, speziell die Anschaffung von Rauchmeldern durch niedrigere Prämien zu fördern. Nur 14 antworten und dies auch eher ablehnend, da die Wirtschaftlichkeit wichtiger ist als Kinderleben zu schützen und Brandschäden zu reduzieren.
- 14.09.2000 Die Kinderkommission, die bereits im April des Jahres eine Pressemitteilung zugunsten unserer Forderung einer Rauchmelderpflicht veröffentlichte, wird angeschrieben. Die Resonanz der Vorsitzenden Frau Ingrid Fischbach MdB war positiv. Dagegen lehnte die nachfolgende Vorsitzende Frau Deligöz es ab, dieses Thema weiter zu bearbeiten.
- 02.11.2000 Die Anwälte Gutzeit und Pistorius (Baunatal) reichen Beschwerde gegen die Prüfung der bisherigen Petitionen bei den Ländern ein und fordern gleichzeitig die Petitionsausschüsse auf, brauchbare Entwürfe für eine Rauchmelderpflicht für Wohnhäuser zur Beratung vorzulegen.
- 14.02.2001 Erneutes Anschreiben aller Petitionsausschüsse der Bundesländer, mit der Forderung nach sachlich kompetenter Überprüfung aller Petitionen.
- 17.02.2001 Alle Ministerpräsidenten der BRD werden über die bisherigen Arbeiten bezüglich Verbesserung des Kinderbrandschutzes ausführlich informiert, und aufgefordert ihre Verantwortung wahrzunehmen und tätig zu werden.
- 24.02.2001 Gründung der "Allianz der Brandopfer" durch CHS
- 16.03.2001 Die Bauministerien aller Länder werden nochmals angesprochen, endlich zu dem bereits am 14.09.1999 versandten Rundschreiben tätig zu werden, statt die Reform der Brandschutzbestimmungen länger zu behindern.
- 02.05.2001 5. Petition an alle Bundesländer: "Erlaß einer Vorschrift, den Vollzug der Landesbauordnungen zu regeln. Es wird gefordert, die Brandschutzbestimmungen der LBO auf alle bestehenden Gebäude um zu setzen und eine Verpflichtung an die Eigentümer zu erlassen, die geltenden Bestimmungen an ihren Gebäuden in vertretbarer Weise anzuwenden.
- 07.08.2001 Schreiben an den Petitionsausschuss der Bundesregierung um die vorliegende 4. Petition zu ergänzen und die Prüfung abzuschließen.
- 10.11.2001 Petition an die Europäische Union durch den 1. Vorsitzenden von CHS, John Stifel, mit der Forderung nach einem "Europaweiten Rauchmeldergesetz".
- 08.01.2002 Schriftlicher Appell von John Stifel an Bundeskanzler Schröder, mit der Bitte, Politiker und Behörden aufzufordern, endlich tätig zu werden und Entscheidungen zugunsten des Lebensschutzes von Kindern im Brandfall zu treffen.

- 01.02.2002 Schreiben an den Petitionsausschuss der Bundesregierung: letztmaliges, ausdrückliches Ersuchen an die Mitglieder des Petitionsausschusses, das Petitionsverfahren endgültig abzuschließen, denn seit Eingang der letzten Petition starben 42 Kinder bei 27 Bränden!
- 23.02.2002 1. Schreiben an Familienministerin Frau Dr. Bergmann, mit der Bitte sich selbst gewissenhaft mit der Problematik zu befassen und für den Lebensschutz von Kindern nicht das diesbezüglich unzureichende Baurecht zugrunde legen zu lassen. Hintergrund: der Appell an Bundeskanzler Schröder vom 08.01.2002 wurde an das Familienministerium weitergeleitet und ging von dort an das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Ausgangspunkt der fatalen Fehlentscheidung der eingangs erwähnten ARGEBAU.
- 25.02.2002 Schreiben an das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Herrn Müntefering, mit der Bitte, die verfassungsrechtliche Gewährung der Lebensrechte für Kinder nicht, der Zuständigkeit halber dem Baurecht zuzuordnen, sondern zu helfen, die Einführung einer bundesweiten "Kinder-Sicherheits-Vorschrift zu ermöglichen.
- 03.03.2002 2. Schreiben an Familienministerin Frau Dr. Bergmann mit detaillierter Begründung, warum das Baurecht nicht für den Lebensschutz von Kindern zugrunde gelegt werden darf und der wiederholten Bitte, sich selbst ein Bild über die Sachverhalte, unter Verwendung von Aussagen kompetenter Fachleute zu verschaffen und CHS zu unterstützen.
- 10.04.2002 3. Schreiben an Familienministerin Frau Dr. Bergmann, da alle bisherigen Versuche, sie zur Unterstützung zu bewegen scheiterten. Mit dem Hinweis, daß das Familienministerium sehr wohl die Verantwortung für die Kinder in der BRD mit trägt, setzt John Stifel eine Frist bis zum 24.04.2002 nun endlich Stellung zu nehmen. Sollte sich Frau Dr. Bergmann - wie bisher - zu diesem Termin nicht äußern, wird John Stifel, im Namen aller Mitglieder von CHS öffentlich ihren Rücktritt fordern.
- 23.04.2002 Schreiben des CHS-Anwalts Georg Pistorius an Frau Dr. Bergmann mit der ausdrücklichen Forderung endlich die erwartete Stellungnahme abzugeben und sich nicht länger der Verantwortung ihres Amtes zu entziehen.
- 26.06.2002 2. Schreiben des CHS-Anwalts Georg Pistorius an Frau Dr. Bergman mit der Frage, "Mit welchen Maßnahmen gedenkt nun das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend den auch ihm obliegenden Schutz insbesondere von Kindern, Jugendlichen und Senioren vor den Gefahren durch Wohnungsbrände (Erstickungstod) zu verbessern?".